
Machbarkeitsstudie Radschnellverbindungen Großes Wiesental, Hochrhein und Oberrhein im Landkreis Lörrach

Aus der öffentlichen Sitzung des **Umweltausschusses vom 06.02.2019** ergeht folgender ergänzter **Beschlussvorschlag an den Kreistag**:

- *Änderung der Formulierung der Beschlussziffer 2, 2. Satz:*
statt der Formulierung „aktiv dafür zu werben“ soll die Formulierung heißen „aktiv zu fordern“

... Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land Baden-Württemberg **aktiv zu fordern**, dass dieses die Baulastträgerschaft für die beiden Radschnellverbindungen übernimmt.
- Einfügen einer Beschlussziffer 5.:
„Sollte sich der Sachstand zur Radschnellverbindung Hochrhein (RSV 2) ändern, wird die Verwaltung beauftragt, diese gemeinsam mit den Städten und Gemeinden wieder aufzugreifen.“

Vollständiger Wortlaut des Beschlussvorschlages an den Kreistag:

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie Radschnellverbindungen Großes Wiesental, Hochrhein und Oberrhein im Landkreis Lörrach werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Radschnellverbindung Großes Wiesental (RSV 1) zwischen Lörrach und Schopfheim und die Radschnellverbindung Oberrhein (RSV 3) zwischen Weil am Rhein und Efringen-Kirchen (Kernort) weiterzuverfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Land Baden-Württemberg aktiv zu fordern, dass dieses die Baulastträgerschaft für die beiden Radschnellverbindungen übernimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Radschnellverbindung Großes Wiesental und die Radschnellverbindung Oberrhein mit den beteiligten Städten und Gemeinden einen „Letter of Intent“ abzustimmen und zu unterzeichnen. Sinn des „Letter of Intent“ ist es, dass sich der Landkreis und die Städte und Gemeinden gemeinsam dazu bekennen, die Umsetzung der Radschnellverbindungen voranzubringen.
4. Über das Ergebnis der Abstimmung mit den Städten und Gemeinden und die weiteren Schritte ist im Umweltausschuss zu berichten.
5. Sollte sich der Sachstand zur Radschnellverbindung Hochrhein (RSV 2) ändern, wird die Verwaltung beauftragt, diese gemeinsam mit den Städten und Gemeinden wieder aufzugreifen.